

2121/J XX.GP

der Abgeordneten Haller  
und Kollegen

an die Bundesministerin Mag. Prammer

betreffend volle Arbeitsverpflichtung für Frauen mit Betreuungspflichten

Nach wie vor sehen sich viele Frauen mit dem Problem konfrontiert, daß qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze in Österreich praktisch nicht angeboten werden, bzw, die angebotenen Arbeitsplätze schlecht bezahlt sind, so daß sie allein von dieser Teilzeitarbeit nicht leben können. Hinzu kommen der nach wie vor bestehende Mangel an flexiblen Kinderbetreuungsplätzen, der fehlende Berufsschutz im Bereich Notstandshilfe und die Verpflichtung, einen Ganztagsjob auszuüben, was ein weiteres Erschwernis vor allem für alleinerziehende Mütter bedeutet. So wurde beispielsweise eine alleinerziehende Mutter dreier Kinder aus Schwoich, gelernte Diplomkaufrau, vom Arbeitsamt aufgefordert ganztägig als Küchenhilfe zu arbeiten. Nach erfolgloser Bewerbung wurde ihr vom Arbeitsmarktservice vorgeworfen, sie hätte sich nicht um den Job bemüht und auch die Annahme dieses Ganztagsjobs ohne genau fixierte Arbeitszeit sei ihr sehr wohl zuzumuten. Die Mutter verlor daraufhin für sechs Wochen den Anspruch auf Notstandshilfe. Die gesellschaftlich notwendige Betreuungsarbeit wird bei Vermittlungswünschen einer Arbeitsplatzsuchenden also nicht berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin Mag. Prammer folgende

A n f r a g e :

1. In einer Anfragebeantwortung gibt Ihre Vorgängerin an, daß bereits Verhandlungen mit dem Bundesminister für Arbeit und Soziales bezüglich Erleichterung für Frauen mit Betreuungspflichten bzw. der Gleichstellung von Teilzeitbeschäftigung mit Vollzeitbeschäftigung bei der Arbeitsvermittlung durch das Arbeitmarktservice laufen würden.

Hat Ihre Vorgängerin diese Verhandlungen bereits abgeschlossen?

Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

2. Wenn nein, führen Sie nun diese Gespräche mit der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales fort?

Wenn ja, mit welchem Inhalt und gibt es schon konkrete Ergebnisse?

Wenn nein, warum nicht?

3. Führen Sie in dieser Angelegenheit noch weitere Gespräche?

Wenn ja, mit wem bzw. mit welchen Institutionen und mit welchem Inhalt?

4. Was werden Sie unternehmen, um alleinerziehenden Müttern die Chance zu geben, Beruf und Kinderbetreuung bzw. -erziehung besser zu vereinen?
5. Werden Sie sich für die Überprüfung des Kinderbetreuungsschecks als Lösungsmöglichkeit einsetzen?
6. Haben Sie diesbezüglich mit Ihrer Vorgängerin, der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales und dem Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie schon Gespräche geführt?  
Wenn ja, wann, mit welchem Inhalt und mit welchen Ergebnissen?
7. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um die Schaffung von mehr und vor allem qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen speziell für Frauen in Österreich zu unterstützen?

BEILAGE (Zeitungsbericht) NICHT GESCANNT!!!